Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. MERZOSUR
2. Trump zieht Zoll-Drohung nach Gespräch mit Rutte zurück
3. Westeuropa in der Sackgasse
4. Europa hat den Gaslieferanten gewechselt – nicht die Abhängigkeit
5. Die Notenbanken beherrschen die Kapitalmärkte – in den USA und in Europa
6. Entführung Maduros: Chinas stille, harte Antwort auf Washington
7. Ein Jahr Diplomatie – und ganz ohne positives Resultat?
8. Auf dem Weg in die erste Rüstungsliga (III)
9. Von den Medien nicht beachtet: Der 6. Februar, der Tag, ab dem ein Atomkrieg wahrscheinlicher wird
10. Ehrlicher ausbeuten
11. Wichtige Änderung beim Personalausweis 2026 betrifft auch Bürgergeld-Empfänger
12. Schnittstelle der Entwertung
13. Das Geschäft mit der Nachhaltigkeit: Wie glaubwürdig sind Gütesiegel wirklich?
14. Gefährlicher Unsinn
15. Kein Konto für politisch Unwillkommene?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **MERZOSUR**
   Falls Sie da drüben in Deutschland die Absicht hatten, noch verhasster zu werden, als Sie es ohnehin schon waren, dann ist F. Merz in diesem Moment genau der richtige

Mann genau am richtigen Platz. (Aber auch nur dann.) Glückwunsch, Deutschland ist in Europa jetzt (fast) wieder so beliebt wie vor 85 Jahren.
Für seine unbegründbare Phantasie, der Niedergang der deutschen Wirtschaft könne durch Warenaustausch mit Südamerika (Gebrauchtwagenhandel?) irgendwie abgemildert werden, lässt dieser demokratische Sonntagsfahrer nicht nur europäische Bauern & Verbraucher, sondern auch elementare Grundsätze der Demokratie über die Klinge springen.
Merz war es, auf dessen Druck hin die zypriotische Ratspräsidentschaft dafür gesorgt hatte, dass das Mercosur-Abkommen noch vor der Abstimmung im Europäischen Parlament – und damit ohne jede demokratische Legitimierung – in Kraft treten sollte.
Dieser Versuch wurde heute hier in Straßburg (symbolisch) gestoppt.
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

dazu: **Machtpoker um Mercosur: Wird das EU-Parlament übergangen?**
Wird das Europaparlament das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ausbremsen? Deutschland und die EU-Kommission fürchten das Schlimmste, die Mehrheitsverhältnisse sind sehr knapp.
Am Mittwoch entscheiden die Abgeordneten bei ihrer Plenartagung in Straßburg, ob sie ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des Abkommens mit den EU-Verträgen einholen wollen.
Wenn sie sich für eine rechtliche Überprüfung durch den EuGH entscheiden, würde dies die Ratifizierung um mindestens ein Jahr verzögern.
Genau dies will die EU-Kommission jedoch verhindern.
Quelle: Lost in Europe

2. **Trump zieht Zoll-Drohung nach Gespräch mit Rutte zurück**
   Wie das Handelsblatt aus Teilnehmerkreisen des Gesprächs zwischen Trump und Rutte in Davos erfuhr, besteht die Vereinbarung aus vier Punkten. Von Eigentumsrechten war zunächst keine Rede. Diese vier Punkte sind:
   - Keine neuen Zölle gegen europäische Staaten
   - Neufassung des Stationierungsvertrags von 1951
   - für das US-Militär auf Grönland, der den Aufbau und Betrieb von zahlreichen Stützpunkten erlaubt, inklusive eines Raketenabwehrschirms mit dem Namen „Golden Dome“
   - Die USA bekommen ein Mitspracherecht bei Investitionen auf Grönland

- Europäische Nato-Staaten verpflichten sich zu einem stärkeren Engagement in der gesamten Arktis

Es solle nun weitere Verhandlungen zu den Details geben, an denen auch US-Vizepräsident J.D. Vance, Außenminister Marco Rubio und Trumps Sondergesandter Steve Witkoff beteiligt seien. Vonseiten Ruttes, der Nato oder anderer westlicher Staatschefs gab es zunächst keine Reaktionen.
Quelle: Handelsblatt

dazu: **Nicht der „unglückliche Sklave“ der USA: Widerstand in Europa formiert sich – Belgiens Premier teilt gegen Trump aus**
Belgiens Premier findet drastische Worte für Trumps Zolldrohungen. Deutschland und Frankreich wollen die „Handels-Bazooka“ einsetzen – mit höherer Schmerztoleranz als beim ersten Mal.
Die Geduld der europäischen Verbündeten mit US-Präsident Donald Trump scheint erschöpft. In ungewöhnlich scharfen Worten hat Belgiens Premierminister Bart De Wever die Haltung vieler europäischer Regierungen auf den Punkt gebracht: „Ein glücklicher Vasall zu sein, ist eine Sache. Ein unglücklicher Sklave zu sein, ist etwas anderes“, sagte er laut dem US-Medium „Axios“ über Trumps Zolldrohungen gegen acht europäische Länder, die er als Gegner seines Anspruchs auf eine Übernahme Grönlands ausgemacht hat.
Quelle: Tagesspiegel

dazu auch: **Ausflug in die Arktis**
In den vergangenen Tagen merkten die Außenministerien in Moskau und Peking mit Blick auf Donald Trump an, dass ihre Länder nie Ansprüche auf Grönland erhoben hätten. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums forderte den US-Präsidenten am Montag auf, nicht länger den Mythos einer „chinesischen Bedrohung“ aufzubauschen.
Die Lüge des Baerbock-Papiers taucht auch in den „Begründungen“ Trumps für eine Grönland-Annexion auf. Seit dem Überfall auf Venezuela halluzinierte er von chinesischen und russischen Schiffen, die „überall vor Grönland“ auftauchten. Selbst schwedische und dänische Minister, die sonst gern Gerüchte vom Horror-Russen in die Welt setzen, nannten das eine „Übertreibung“ und von Geheimdiensterkenntnissen nicht gedeckt.
Quelle: unsere zeit

und: **US-Banker attackiert Trumps Zölle und Druck auf die Zentralbank**

Citadel-CEO Ken Griffin übt scharfe Kritik an der US-Handelspolitik. Der Milliardär warnt vor höherer Inflation. Kann die Finanzwelt Trump stoppen?
Kenneth C. Griffin, Hedgefonds-Manager und Chief Executive Officer des Finanzdienstleisters Citadel LLC, eines der größten Hedgefonds der Welt, hat in Davos die Zollpolitik von Präsident Trump scharf kritisiert. Griffins Offensive ist bemerkenswert, da er als Unterstützer der Republikanischen Partei gilt und nach eigenen Angaben bei der Präsidentschaftswahl 2024 für Donald Trump gestimmt hat. Die USA hätten ihre Beziehungen zu den europäischen Verbündeten „beschädigt", sagte Griffin laut Reuters. Dies könne er „nicht verstehen oder gutheißen", so der Multi-Milliardär im Gespräch mit Larry Fink, dem Vorsitzenden von BlackRock und Co-Vorsitzenden des WEF, während der Jahrestagung in Davos. Griffins Aussagen wiegen schwer.
Quelle: Berliner Zeitung

3. **Westeuropa in der Sackgasse**
   Den Handel mit Russland hat die EU leichtfertig aufgegeben, gegenüber China lässt sich die EU von den USA in einen Wirtschaftskrieg drängen, die Regierungen der Kernstaaten Westeuropas werden durch die von der ökonomischen Schwäche ausgelösten gesellschaftlichen Verwerfungen instabil. Weder Emmanuel Macron noch Friedrich Merz oder Keir Starmer genießen für ihre Politik Rückhalt, den Ukraine-Krieg aufrecht erhalten und verlängern zu wollen, da klar erkennbar ist, dass diese Politik in den wirtschaftlichen Niedergang führt.
   Die EU hat sich vor allem im Energiebereich in eine einseitige Abhängigkeit von den USA begeben. Noch umfassender ist die Abhängigkeit von den großen US-Internetgiganten. Die EU besitzt nicht den Hauch von digitaler Souveränität. Mit anderen Worten, die EU ist von den USA vollständig erpressbar.
   Quelle: unsere zeit

   Anmerkung unseres Lesers M.W.: *Statt "Russland ruinieren" schafft man das bei sich selbst. Hohe Staatskunst.*

   dazu auch: **Welt offener für China**
   „Make China Great Again!" So überschrieb der European Council on Foreign Relations (ECFR) die Auswertung seiner jüngsten Umfrage zur globalen Politik, die er im November 2025 in 21 Staaten weltweit durchgeführt hatte. Nein, die Denkfabrik, die zum außenpolitischen Establishment Europas zählt, plädierte damit keineswegs dafür, China bei seinem historischen Wiederaufstieg zu unterstützen. Sie bezog sich vielmehr auf ein zentrales Ergebnis ihrer Umfrage: dass nämlich die ersten zehn Monate der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump genügt hatten, das Ansehen der

USA weltweit zu schädigen, während die Volksrepublik weltweit plötzlich neue Sympathien gewann. Zumindest in dieser Hinsicht schien Trump also nicht wirklich „America Great“ zu machen, sondern vielmehr das genaue Gegenteil zu erreichen – „Make China Great Again“.
Quelle: unsere zeit

4. **Europa hat den Gaslieferanten gewechselt – nicht die Abhängigkeit**
Europa hat seine Gasabhängigkeit von Russland gegen eine neue Bindung an die USA getauscht – mit womöglich ähnlichen Risiken.
Die jüngsten Attacken der Trump-Regierung auf die Europäer und deren Reaktion zeigen: Der alte Kontinent könnte sich in den vergangenen Jahrzehnten in eine gefährliche Abhängigkeit von den USA begeben haben. Das zeigt sich etwa bei der Gasversorgung.
Während die EU hier noch nach außen Zuversicht ausstrahlt, zeigen interne Analysen ein anderes Bild: Europa hat seine Gasabhängigkeit von Russland zwar erfolgreich gesenkt – doch es ist wohl eine neue, womöglich ebenso problematische Bindung an die USA entstanden.
Quelle: Telepolis

dazu: **Gehäufte Warnungen: Statt Russland: Europa macht sich zusehends abhängig von US-Energie**
US-Flüssiggas ersetzt nicht nur russisches Pipeline-Gas, sondern verdrängt auch andere Lieferanten, zeigt eine aktuelle Analyse. Vor Konsequenzen wird gewarnt
Es hat sich schon länger abgezeichnet, doch inmitten der transatlantischen Spannungen häufen sich die Warnungen: Europa macht sich zunehmend abhängig von US-amerikanischer Energie. Während der Ausstieg aus russischem Gas bis 2027 besiegelt ist, macht sich die EU auf die Suche nach Alternativen. Denn noch fließen erhebliche Mengen an Erdgas, vor allem in verflüssigter Form (LNG), aus Russland. Allzu oft werden die europäischen Abnehmer in den USA fündig.
Quelle: der Standard

5. **Die Notenbanken beherrschen die Kapitalmärkte – in den USA und in Europa**
(Ich danke Erik Münster für seine Hilfe)
Es gibt immer wieder die Beobachtung von Lesern, die sagen, ich müsse doch zur Kenntnis nehmen, dass die langfristigen Zinsen derzeit keineswegs den von der Notenbank gesetzten kurzfristigen folgen, wie ich das normalerweise unterstelle. Man verweist z. B. darauf, dass die langfristigen Zinsen aktuell in Deutschland tendenziell sogar steigen, während die kurzfristigen von der EZB klar gesenkt worden sind. Auch wird derzeit heiß diskutiert, ob man nicht die USA finanziell ruinieren kann, wenn man

dort nicht mehr „investiert“ oder gar Anlagen, die dort gehalten werden, auflöst. Vorsicht! Wer die globalen Zusammenhänge der Kapitalmärkte und die Macht der Notenbanken nicht durchschaut, verbrennt sich ganz schnell ganz fürchterlich die Finger.
Quelle: Relevante Ökonomik

6. **Entführung Maduros: Chinas stille, harte Antwort auf Washington**
   China reagiert auf die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro nicht mit Worten, sondern mit Macht: Finanz-, Energie- und Lieferketten werden binnen Stunden neu justiert. Der Schlag trifft die USA wirtschaftlich – und markiert einen Wendepunkt auf dem Weg zur multipolaren Weltordnung. […]
   Das Beeindruckendste an all diesen Maßnahmen war das “Timing”: Die zeitgleiche Umsetzung löste einen Dominoeffekt aus, der die wirtschaftlichen Auswirkungen exponentiell verstärkte. Es war keine schrittweise Steigerung, sondern ein systemischer Schock, der darauf ausgerichtet war, die Reaktionsfähigkeit der USA auszuhebeln.
   Die US-Regierung hatte den Schlag noch nicht vollständig verdaut, als China ein neues Maßnahmenpaket aktivierte:
   Quelle 1: RT DE
   Quelle 2: Seniora.org

   dazu auch: **Die hegemoniale Logik der US-amerikanischen „Neo-Monroe-Doktrin“**
   Die militärische Intervention der USA in Venezuela spricht eine deutliche Sprache: Unter dem Deckmantel von Sicherheit und Ordnung verfolgt Washington erneut das Ziel exklusiver Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre – mit militärischer Gewalt und wirtschaftlicher Ausplünderung. Die „Neo-Monroe-Doktrin“ offenbart eine unverhüllte hegemoniale Strategie, die weltweit auf Widerstand stößt.
   Quelle: German.China.org.cn

7. **Ein Jahr Diplomatie – und ganz ohne positives Resultat?**
   Das Jahr 2026 hat katastrophal begonnen, das sehen alle ähnlich. Aber es gibt sie noch, die politisch Interessierten, die über das abgelaufene Jahr nachdenken und dabei zu ergründen versuchen, ob wenigstens rückblickend etwas positiv zu bewerten ist. Zu ihnen gehört unser Russland-Spezialist Stefano di Lorenzo, der die diplomatischen Aktionen zwischen Ost und West näher beobachtet hat. Zumindest Russland – im klaren Gegensatz zu vielen EU-Stimmen – hat nie versucht, schon die diplomatischen Kontakte zu verhindern. (cm)
   Quelle: Globalbridge

8. **Auf dem Weg in die erste Rüstungsliga (III)**
   Der Kriegsschiffbauer TKMS AG hofft auf einen milliardenschweren U-Boot-Auftrag aus Kanada und setzt dabei auf Bestrebungen in Ottawa, von den USA unabhängiger zu werden. In der kanadischen Hauptstadt sind spätestens seit den Zollattacken und den Annexionsdrohungen der Trump-Administration frühere Überlegungen, U-Boote in den USA zu beschaffen, vom Tisch; davon profitiert nun TKMS. Der deutsche Konzern setzt seit seiner Ausgliederung aus ThyssenKrupp im Oktober vergangenen Jahres seinen Aufschwung fort, verzeichnet neue Rekorde im Umsatz und beim Auftragsbestand und plant die Übernahme seiner Nachbarwerft German Naval Yards Kiel, die sich gegenwärtig im Besitz der französischen CMN Naval befindet. Das Unternehmen solle im Kontext der Neugruppierung der Werften „ein Konsolidierungsknoten sein“, kündigt Vorstandschef Oliver Burkhard an – „nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere in Europa“. Milliardenaufträge kommen auch von der Deutschen Marine, die laut einem Bericht bei TKMS neue Fregatten für bis zu 7,8 Milliarden Euro bestellen will. Der Auftrag aus Kanada wird von Gegengeschäften begleitet sein, die die Wirtschaftsbeziehungen abseits der USA stärken sollen.
   Quelle: German Foreign Policy
9. **Von den Medien nicht beachtet: Der 6. Februar, der Tag, ab dem ein Atomkrieg wahrscheinlicher wird**
   Am 6. Februar läuft der New START Vertrag über die Begrenzung einsatzbereiter Atomsprengköpfe aus. Die Zahl der einsatzbereiten Atomsprengköpfe könnte sich dann schnell vervielfachen.
   Am 6. Februar läuft mit dem New START Vertrag der letzte noch gültige Vertrag zur atomaren Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA aus. Der Vertrag regelt die Zahl der einsatzbereiten strategischen Atomwaffen. Das sind schwere Atomsprengköpfe mit einem Vielfachen der Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, die auf Interkontinentalraketen einsatzbereit angebracht sind.
   Da beide Seiten darüber hinaus noch hunderte Sprengköpfe eingelagert haben und sich anstatt einzelner Sprengköpfe auf vielen Raketentypen auch mehrere lenkbare Atomsprengköpfe (sogenannte MIRV) anbringen lassen, können beide Seiten die Zahl der einsatzbereiten Atomwaffen nach dem 6. Februar schnell erhöhen.
   Quelle: Anti-Spiegel

   dazu auch: **“Die größte Gefahr geht von europäischen Regierungen aus”**
   Der Einsatz selbst einer kleinen Atomwaffe würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Zerstörung der gesamten modernen Zivilisation führen. Davor warnt der US-amerikanische Physiker Theodore Postol im Interview mit Éva Péli. Darin äußert er sich zur Gefahr eines möglichen Atomkriegs sowie über die westliche Konfrontation

gegenüber Russland.
Quelle: Hintergrund

10. **Ehrlicher ausbeuten**
„Ich möchte, dass wir klarer über Interessen sprechen.“ Mit diesen Worten hat Reem Alabali Radovan (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, am Montag vergangener Woche in Berlin ihren „Reformplan“ für die „Entwicklungspolitik“ der Bundesregierung vorgestellt. Der Plan trägt den sperrigen wie verlogenen Titel „Zukunft zusammen global gestalten“. Radovans Ministerium spricht von einer „neuen Phase der deutschen Entwicklungspolitik“, die gekennzeichnet sei durch „Mut zu deutlicher Veränderung, Priorisierung und Depriorisierung“. Die Vorstellung, „Entwicklungszusammenarbeit sei eine Frage von moralischer Haltung“, sei überholt, diktierte die Ministerin Journalisten in die Blöcke. Wer dieser naiven Vorstellung überhaupt anhängt, verriet Radovan nicht.
Quelle: unsere zeit
11. **Wichtige Änderung beim Personalausweis 2026 betrifft auch Bürgergeld-Empfänger**
Der exakte Zeitpunkt der Gebührenerhöhung steht noch nicht fest. Die Höhe der Anpassung ist jedoch bereits bekannt: Statt der bisherigen 37 Euro sollen Bürgerinnen und Bürger dem Bundesinnenministerium (BIM) zufolge künftig 46 Euro für einen neuen Personalausweis zahlen.
Für Empfänger von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld könnte der Kostenanstieg um mehr als 24 Prozent besonders problematisch werden.
Die Regelbedarfshöhe bleibt nach der Nullrunde 2025 auch 2026 unverändert. Konkret bedeutet das: Der Regelsatz für Alleinstehende liegt künftig weiterhin bei 563 Euro monatlich. Diese erneute Nullrunde bei den existenzsichernden Leistungen trifft auf gestiegene Gebühren für ein Dokument, das ab 16 Jahren in Deutschland Pflicht ist, sofern nicht bereits ein Reisepass als Identitätsnachweis vorhanden ist. Bürgergeldempfänger können der Kostensteigerung also nicht ausweichen.
Quelle: wa.de
12. **Schnittstelle der Entwertung**
Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, empfinden den Kontakt mit dem Jobcenter oft als demütigend — sie spüren, dass sie hier zur Verfügungsmasse degradiert werden.
Wer in Deutschland in das Jobcenter-System gerät, betritt nicht einfach eine Behörde. Er betritt eine eigene Wirklichkeit, in der Sprache, Zeitgefühl und Selbstbild sich verschieben. Viele nennen es weiterhin „Arbeitsamt“, obwohl es längst anders organisiert ist; der alte Begriff trifft aber etwas, das tiefer sitzt: die Erfahrung, dass

der Staat an dieser Stelle nicht als Partner erscheint, sondern als Instanz, die prüft, sortiert, anweist, sanktioniert. Und selbst wenn man die Mitarbeiter als Einzelne außen vor lässt, selbst wenn man die guten Begegnungen nicht unterschlägt, bleibt eine Grundstruktur: Hilfe wird im Jobcenter nicht als selbstverständliche gesellschaftliche Verpflichtung verstanden, sondern als Ausnahmezustand, der Verwaltung, Begründung und Kontrolle auslöst. Bedürftigkeit ist nicht einfach ein Fakt, sie ist ein Verdacht, der widerlegt werden muss. Der Antragsteller wird nicht nur unterstützt, er wird gleichzeitig in ein Raster eingeordnet, das ihn dauerhaft definieren kann.
Quelle: Günther Burbach auf Manova

dazu auch: **CDU-Wirtschaftsflügel will Rückstände von EX-Bürgergeld-Empfängern eintreiben**
Der Wirtschaftsflügel der CDU will die Bundesagentur für Arbeit dazu bringen, unbezahlte Rückforderungen in Milliardenhöhe von ehemaligen Bürgergeld-Empfängern eintreiben zu lassen. Die Bundesagentur müsse einen "umfassenden Inkasso- und Rückforderungsplan" vorlegen, heißt es in einem Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) für den CDU-Bundesparteitag im Februar, aus dem die "Welt" am Mittwoch zitierte. Hier gehe es insbesondere um "Überzahlungen und nicht zurückgezahlte Darlehen".
Quelle: stern

Anmerkung unseres Lesers F.K.: *Es wird immer bizarrer.*

13. **Das Geschäft mit der Nachhaltigkeit: Wie glaubwürdig sind Gütesiegel wirklich?**
Nachhaltigkeitssiegel vermitteln ein gutes Gefühl beim Einkauf. Doch Recherchen zeigen, dass auch zertifizierte Unternehmen in Konflikte verwickelt sind. Ein Blick hinter die Kulissen offenbart die Schwächen des Zertifizierungssystems
Mit ihrer neu aufgelegten Studie „Wegweiser durch das Label-Labyrinth" (2025) liefert die Romero Initiative (CIR) eine fundierte Orientierung im unübersichtlichen Label-Dschungel der Nachhaltigkeitszertifizierungen. Der Labelguide prüft 80 gängige Gütesiegel für Lebensmittel und Textilien auf soziale und ökologische Standards sowie auf ihre Glaubwürdigkeit. Erstmals werden dabei nicht nur einzelne Labels, sondern auch große Supermärkte, Bio-Supermärkte, und Drogerien bewertet. Das Ergebnis ist ernüchternd: Immer mehr Siegel versprechen Nachhaltigkeit – immer weniger halten dieses Versprechen ein.
Quelle: der Freitag
14. **Gefährlicher Unsinn**

Wer die falschen Ansichten äußert, kann sich zwar auf die Meinungsfreiheit berufen, muss aber im Zweifelsfall mit Konsequenzen rechnen, die sich gewaschen haben. Die Sanktionierung von Jacques Baud durch die EU hat in der medialen Debatte hohe Wellen geschlagen. Dem Schweizer Militäranalysten dürfen nun keinerlei wirtschaftliche Ressourcen mehr zur Verfügung gestellt werden, und er darf nicht in die EU einreisen. Der Vorwurf, der im Raum steht, ist der, russische Propaganda zu verbreiten und mehrmals im russischen Fernsehen aufgetreten zu sein. Im Klartext also: Baud hat von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht, nur dass es eben die falsche Meinung war, die er geäußert hat. Wenn in deutschen Leitmedien dann darüber sinniert wird, dass man zwar alles sagen könne, aber dann eben auch mit den Konsequenzen leben müsse, hat das Ganze einen bitteren Beigeschmack.
Quelle: Tom J. Wellbrock auf Manova

15. **Kein Konto für politisch Unwillkommene?**
Vermehrt lehnen Banken Kunden ab oder kündigen bestehende Konten aufgrund politischer Haltungen. Dies wirft grundsätzliche Fragen auf, insbesondere über den Zugang zum Zahlungsverkehr als gesellschaftliche Grundvoraussetzung.
Quelle: LTO